

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

12. Juni 2017

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in den vergangenen zwei Wochen folgende Provinzen betroffen: Nangarhar (Osten), Farah (Westen), Faryab, Kunduz (Norden), Uruzgan, Helmand, Zabul, Kandahar (Süden), Logar, Kabul (Zentrum), Paktia und Ghazni (Südosten; in Ghazni kam es zu Kämpfen zwischen Taliban und IS).

Nach Angaben der UN Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) gab es im ersten Quartal des Jahres 2.181 zivile Opfer (715 Tote, 1.466 Verletzte). Das sind 4 % weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Anschläge in Kabul

Am 31.05.17 verübte ein Selbstmordattentäter einen Sprengstoffanschlag, indem er einen Tanklastwagen mit einer 1.000 kg schweren Sprengladung im Diplomatenviertel Kabuls zur Explosion brachte. Dabei starben mindestens 160 Menschen, über 400 wurden verletzt. Die deutsche Botschaft wurde schwer beschädigt. Nach einem ersten Untersuchungsbericht deutscher Sicherheitsbehörden habe der Anschlag der deutschen Botschaft gegolten. Ein bei dem Anschlag getöteter afghanischer Wachmann habe verhindert, dass das Fahrzeug auf den Vorhof der Botschaft gelangte. Unter den Opfern des Anschlags sind Journalisten, viele Regierungsangestellte und Kinder. Ein großer Teil der Opfer waren Mitarbeiter der afghanischen Telekommunikationsfirma Roshan, deren Büros in der Nähe des Anschlagsorts liegen.

In den Folgetagen kam es zu teilweise gewalttätigen Demonstrationen für mehr Sicherheit. Dabei wurden am 02.06.17 mindestens sieben Menschen getötet, als Polizisten in die Menge schossen. Beim Begräbnis eines getöteten Demonstranten (Sohn des stellv. Senatsprechers), das von hochrangigen Regierungsmitgliedern besucht wurde, sprengten sich drei Selbstmordattentäter in die Luft und töteten mindestens sieben Menschen, mindestens 119 weitere wurden verletzt. Bisher hat sich niemand zu den Anschlägen bekannt.

Weitere Anschläge und Übergriffe

Am 30.05.17 wurde ein Selbstmordanschlag auf den Chef des Distrikts Khogyani in der östlichen Provinz Nangarhar verübt. Der Politiker überlebte, mindestens sechs Personen wurden verletzt. In Kabul starben zwei verhinderte Selbstmordattentäter, als ihre Sprengsätze während einer Verfolgung durch die Polizei explodierten.

Am 01.06.17 kam bei einem Selbstmordanschlag in der Nähe des Flughafens von Jalalabad (Nangarhar, Osten) ein Mitarbeiter des Sicherheitspersonals um, vier wurden verletzt.

Am 04.06.17 töteten in Kandahar und Uruzgan (Süden) Polizisten bei zwei sog. Insider-Attacken sechs Kollegen, neun erlitten Verletzungen.

Am 05.06.17 wurden im Distrikt Bala Baluk der Provinz Farah (Westen) drei Leibwächter des Gouverneurs von Baghlan erschossen.

Am 06.06.17 schlug eine Rakete der Taliban in der Nähe des NATO-Hauptquartiers in Kabul ein. Es gab keine Personenschäden.

In der Stadt Herat (Westen) wurden am 06.06.17 bei einer Bombenexplosion vor der Großen Moschee (Blaue Moschee) mindestens sieben Menschen getötet und mindestens 16 verletzt.

Am 10.06.17 erschoss im Distrikt Achin (Provinz Nangarhar) ein afghanischer Soldat drei US-Soldaten und verletzte einen. Der Täter starb im Gegenfeuer. Die Taliban bezeichneten ihn als ihr Mitglied.

Algerien

Soldaten bei Anschlag getötet

Bei einem Anschlag auf eine Patrouille der algerischen Armee sind nach lokalen Medienberichten zwei Soldaten getötet und vier verletzt worden. Wie die Zeitung El-Bilad am 03.06.17 berichtete, ereignete sich der Bombenanschlag in der Provinz Tebessa (Osten) nahe der tunesischen Grenze. Die Region ist bekannt für intensiven Schmuggel. Der Angriff war der zweite auf algerische Sicherheitskräfte seit Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan. Am 31.05.17 wurden bei einem Angriff auf die Nationalgarde nach Angaben des Verteidigungsministeriums vier Menschen verletzt.

Aserbajdschan/Georgien

Reporter entführt

Am 29.05.17 wurde der aserbajdschanische Journalist Afqan Muxtarli offenbar aus Georgiens Hauptstadt Tiflis entführt. Aserbajdschans Behörden teilten am 30.05.17 mit, er befinde sich u.a. wegen Geldschmuggels in Baku in Untersuchungshaft. Muxtarli war 2015 nach Georgien geflohen, weil er wegen seiner Recherchen über Korruption in Aserbajdschans Regierung um sein Leben fürchtete. Ohne Namen zu nennen, rief die EU Aserbajdschan am 04.06.17 auf, Oppositionelle freizulassen. Dabei bezog sie sich wohl auf Muxtarli sowie auf die am 25.05.17 festgenommene Oppositionspolitikerin Gozal Bayramli.

China

Xinjiang: Behörden verbieten manche muslimische und uigurische Vornamen

Berichten vom April 2017 zufolge dürfen mehrere muslimische und uigurische Vornamen nicht mehr vergeben werden, weil sie als Ausdruck extremistischen Gedankenguts gelten, z.B. Jihad, Imam, Hajj oder Saddam. Neugeborene, die trotzdem diese Namen erhalten, werden nicht in das Haushaltsregister (Hukou) aufgenommen und haben folglich kein Recht auf staatliche Sozialleistungen, u.a. medizinische Versorgung und Schulbesuch. Nach jüngsten Berichten weiteten die Behörden das Verbot auf Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren aus: Tragen sie einen der verbotenen Namen, muss dieser geändert werden.

Irak

Provinz Ninawa

Am 06.06.17 erreichte erstmals eine größere Welle von Fliehenden, mindestens 500 Familien, aus Tal Afar (westlich von Mossul) die Stellungen der Peshmerga. Der Ort ist eine mehrheitlich schiitische, turkmenische Siedlungsinsel in der Provinz Ninawa (Grenzprovinz zu Syrien).

Die vom IS zurück gelassenen Sprengfallen werden von irakischen und britischen Spezialkräften geräumt. Nach deren Feststellungen agiert der IS-Anhänger dabei immer geschickter. Nahezu überall, wo der IS längerfristig einen Ort besetzt hat, sind Häuser, Wohnungen und selbst Alltagsgegenstände mit zunehmend komplexeren Zündmechanismen versehen. Die Fallen führen häufig zu Verletzungen bzw. Tod.

Sindschar

Einheiten der Volksmobilisierungskräfte (PMF) haben mehrere Dörfer in der Sindschar-Region wohl friedlich von PKK-nahen Gruppen übernommen. Anscheinend schließen sich derzeit viele yezidische Kämpfer, die bisher zur PKK gehalten haben, jetzt den schiitisch dominierten Volksmobilisierungskräften an.

Mossul

Inzwischen werden die Fliehenden aus den vom IS gehaltenen Stadtteilen auch mit improvisierten Sprengfallen aufgehalten. Seit Anfang Juni sind über 160 auf der Flucht getötete Zivilisten belegt. Eine erheblich höhere Dunkelziffer ist anzunehmen. Zudem hat der IS begonnen, Leichen zu verminen, sodass derzeit auch in befreiten Gebieten noch lange Leichen herum liegen und hygienische Probleme vergrößern.

Kirkuk

In Hawija, einer vom IS besetzten Stadt in der Provinz Kirkuk, wurde anscheinend ein größeres Krankenhaus zur Versorgung der eigenen Verwundeten eingerichtet.

Am 07.06.17 gab der irakische Premierminister Haidar Abadi bekannt, dass er ein Gesetz begrüßen würde, das den Namen der Provinz Kirkuk/Taamim eindeutig zugunsten von Kirkuk ändert. Derzeit werden je nach Institutionen unterschiedliche Bezeichnungen verwendet, wobei vor Ort Kirkuk eindeutig dominiert. Außerdem soll die Provinz Qadissiya in Diwaniyya umbenannt werden. Noch ist das Vorhaben nicht ins Parlament eingebracht.

Iran

Doppelanschlag in Teheran

Die iranische Hauptstadt wurde am 07.06.17 Ziel von zwei Terroranschlägen. Das Geheimdienstministerium erklärte, Terroristen hätten das Parlament und das Mausoleum von Staatsgründer Ayatollah Ruhollah Khomeini angegriffen. Bei den Anschlägen wurden offiziellen Angaben zufolge 17 Menschen getötet und Dutzende verletzt. Unter den Getöteten befanden sich fünf Angreifer. Einer der Attentäter wurde verhaftet. Der IS hatte sich noch am 07.06.17 der Taten bezichtigt. Regierungsangaben bestätigten diese Täterschaft. Es ist der erste Anschlag der sunnitischen Extremisten im schiitisch geprägten Iran. Die Selbstmordattentäter waren Iraner, so der stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats, Reza Seifollahi. Angaben der iranischen Regierung zufolge wurde der Verantwortliche für die Angriffe am 10.06.17 von Sicherheitskräften getötet. Zudem gab es zahlreiche Festnahmen.

Hintergrund

Für den sunnitischen IS ist der schiitische Iran ein Erzfeind. Möglicherweise kamen die Attentäter aus der iranischen Provinz Sistan-ve Belutschistan. Dort kämpfen an der Grenze zu Pakistan und Afghanistan sunnitische Milizen der Jundullah (Brigade Gottes) gegen die Pasdaran.

Katar

Saudi-Arabien sowie Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Ägypten brachen am 05.06.17 alle diplomatischen Kontakte mit dem Emirat Katar ab. Am 06.06.17 schloss sich Jordanien an. Es wurden auch diverse Einschränkungen, insbesondere bei Handel und Verkehr, verhängt. Es ist die schwerste diplomatische Krise am Golf seit Jahren. Die Länder werfen Katar die Unterstützung von Terrororganisationen und gute Kontakte zum schiitischen Iran vor. Dieser ist ein Erzrivale des sunnitischen Saudi-Arabiens.

Die Halbinsel Katar ist mit rd. 11.700 km² etwa halb so groß wie Hessen und nach dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung eines der reichsten Länder der Welt. Das lokale Portal Doha News berichtete am 06.06.17 von Hamsterkäufen. Die Öl- und Gasmärkte sind, gemessen an den Öl- und Gaspreisen, anscheinend nicht tangiert. Katar erklärte sich zwischenzeitlich zum Dialog bereit. Staatsbürger aus Saudi-Arabien, Bahrain, den VAE und Ägypten würden vorerst nicht ausgewiesen.

Katar/Türkei/Iran

Türkei: Soldaten nach Katar

Das türkische Parlament ratifizierte in einer kurzfristig anberaumten Sitzung am 07.06.17 zwei Abkommen mit Katar, wonach türkische Soldaten dorthin entsendet werden.

Iran: Lebensmittel für Katar

Nach der Blockade mehrerer arabischer Staaten hat der Iran Katar mit Lebensmitteln versorgt. Flugzeuge aus Iran brachten 90 Tonnen frische Nahrungsmittel, hauptsächlich Obst und Gemüse. Weitere Hilfsgüter sollen bei Bedarf geliefert werden.

Türkei/Iran: Gespräche über Katar

Am 07.06.17 traf der iranische Außenminister Dschawad Sarif in Ankara zu Gesprächen ein.

Kosovo

Parlamentswahl

Am 11.06.17 fanden die um ein Jahr vorgezogenen Parlamentswahlen statt, nachdem die Koalition der wirtschaftsliberalen Parteien Demokratische Partei (PDK) und Demokratische Liga (LDK) an einem Misstrauensvotum am 10.05.17 gescheitert war (vgl. BN v. 15.05.17). 19 Parteien bewarben sich um die 120 Sitze im Parlament.

Die Wahlbeteiligung war schwach. Nach ersten Meldungen vom 12.06.17 hat ein Bündnis aus PDK, Allianz für ein neues Kosovo (AAK) und Initiative für Kosovo (NK) mit rund 35 % die meisten Stimmen erhalten. Das endgültige Wahlergebnis wird im Laufe der Woche erwartet.

Libyen

Tripolis

Die Serraj-Regierung wurde von UNISMIL aufgefordert, die Kontrolle über alle Gefängnisse zu übernehmen. Derzeit werden auch in Tripolis viele Gefängnisse von irregulären Milizen geleitet, die Zustände gelten als menschenunwürdig.

Die Tobruker Regierung hat im Gefolge der Katar-Krise (vgl. oben) die diplomatischen Beziehungen zu Katar abgebrochen.

Entlassung von Gaddafi-Anhängern

Infolge einer Amnestie der Tobruker Regierung hatte zunächst eine Brigade in Zintan (im Westen), die zur Regierung im Osten hält, Saif al-Islam Gaddafi, den zweiten Sohn Muammar al-Gaddafis, freigelassen. Kurz darauf folgte die Brigade der Revolutionäre von Tripolis mit der Entlassung von ca. 30 Gaddafi-treuen Offizieren. Die Hintergründe sind noch unklar. Laut Gerüchten hat sich Saif al-Islam Gaddafi für die Regierung in Tobruk ausgesprochen. Im Herrschaftsbereich der anerkannten Serraj-Regierung gilt gegen ihn nach wie vor ein Todesurteil. Zudem wird er vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht.

Mali

Blauhelmsoldaten getötet

Bei einem Angriff auf UN-Friedenstruppen im Nordosten sind am 08.06.17 drei Soldaten getötet sowie drei verletzt worden, so die UN-Mission Minusma (Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali). Der Vorfall ereignete sich außerhalb des Camps in Kidal. Zuvor sei das UN-Lager mit Mörsern oder Raketen angegriffen worden, wobei fünf Soldaten verletzt worden seien.

Marokko

Zusammenstöße bei Protesten im Norden

Bei Protesten in der von Berbern bewohnten Rif-Region kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei. In der Stadt Imzouren riegelte die Polizei in der Nacht zum 10.06.17 das Stadtzentrum ab. Vermummte Jugendliche warfen Steine auf die Beamten, die Polizei setzte Tränengas ein. In Al-Hoceima, der Hochburg der Proteste, demonstrierten am 09.06.17 bis zu 2.000 Menschen friedlich.

In der Region gibt es seit Ende Mai jeden Abend Proteste. Die Demonstranten fordern die Freilassung des Protestanführers Nasser Zefzafi. Der am 29.05.17 festgenommene 39-jährige war in den vergangenen Monaten zum Gesicht der Protestbewegung geworden, die sich gegen Arbeitslosigkeit, schlechte Gesundheitsversorgung und Korruption in der Rif-Region richtet.

Montenegro

Nato-Mitgliedschaft

Am 05.06.17 wurde Montenegro offiziell 29. Mitglied der Nato. Das montenegrinische Parlament hatte den Beitritt Ende April gebilligt. Die Bevölkerung steht nicht geschlossen hinter der Entscheidung. Die Regierung in Podgorica ist prowestlich orientiert; Schätzungen zufolge besteht die Bevölkerung zur Hälfte aus russlandfreundlichen Serben.

Nigeria

Boko Haram: Großangriff auf Maiduguri

Am 07.06.17 attackierten Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram in einer offenbar koordinierten Aktion den Außenbereich von Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno). Hierbei griffen die Terroristen laut Angaben der Polizei das Dorf Alidawari u.a. mit Luftabwehrgewehren an und setzten mehrere Häuser in Brand. Gleichzeitig wurden mehrere Selbstmordanschläge auf Moscheen rund um den Hauptsitz der Behörde zur Entwicklung des Tschad-Bassins verübt. Bei dem seit eineinhalb Jahren größten Angriff sollen 17 Personen, darunter drei Selbstmordattentäter, getötet und 24 verletzt worden sein. In einem Video bekannte sich die Boko-Haram-Fraktion unter Führung von Abubakar Shekau zum Anschlag.

Philippinen

Marawi: Konflikt dauert an

Noch immer kämpfen Sicherheitskräfte gegen mehr als 200 islamistische Rebellen in der Stadt Marawi, darunter Personen aus Indonesien, Malaysia sowie arabischen Staaten. Von den USA entsandte Spezialkräfte sollen das Militär unterstützen. Der Großteil der Einwohner floh. Die Islamisten kontrollieren noch einige Stadtteile, in denen bis zu 1.000 Einwohner eingeschlossen sein sollen, die teils als menschliche Schutzschilder verwandt werden. Am 09.06.17 wurden bei Kämpfen mit den Islamisten 13 Soldaten getötet. Laut Angaben des Militärs starben bislang mindestens 138 Islamisten, 58 Soldaten und 20 Zivilisten.

Manila: Tote bei Überfall auf Spielcasino

Ein Einzeltäter, so offizielle Angaben, überfiel in der Nacht zum 02.06.17 ein Spielcasino in der Hauptstadt Manila. Der Angreifer legte Feuer, in dem mindestens 36 Menschen umkamen. Einen terroristischen Hintergrund soll es nicht geben, auch wenn der IS die Verantwortung für die Tat übernahm. Der Täter beging Selbstmord.

Somalia

Al-Shabaab-Kämpfer bei US-Luftangriff getötet

Das US-Militär hat nach eigenen Angaben bei einem Luftangriff nach eigenen Angaben mehrere Mitglieder der Terrormiliz al-Shabaab getötet. Der Angriff soll sich am 11.06.17 knapp 300 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Mogadischu ereignet haben. Ersten Erkenntnissen zufolge seien acht Kämpfer ums Leben gekommen.

Tote bei Angriff der al Shabaab auf Militärstützpunkt

Bei einem Angriff der al-Shabaab auf einen Militärstützpunkt im Nordosten sind am 08.06.17 mindestens 25 Menschen getötet worden. Darunter sollen 15 al-Shabaab-Kämpfer und zehn Mitglieder der Sicherheitskräfte gewesen sein. Al-Shabaab sprach von 61 getöteten Soldaten. Der Vorfall ereignete sich im Dorf Af-Urur westlich der Hafenstadt Bosaso in der halbautonomen Region Puntland.

Syrien

Deir Az-Zour

Die Luftschläge der Anti-IS-Koalition werden im Rahmen der Offensiven auf Mossul und Raqqa deutlich intensiviert.

Raqqa

Die Operation Zorn des Euphrat hat im Norden, Westen und Osten zu einer Einkesselung Raqqas durch Einheiten der SDF (multiethnische Koalition unter kurdischer Führung, unterstützt von französischen, britischen und amerikanischen Spezialeinheiten) geführt. Am 06.06.17 erreichten erste Einheiten das Stadtgebiet. Im Süden begrenzt der Euphrat die Stadt. Seine Brücken sind schon länger zerstört.

Gefechte in den Provinzen

Gefechte zwischen Rebellen, IS und Regierungstruppen wurden aus den Gouvernements Daraa, Hama, Homs, Idlib, Deir Az-Zur, Raqqa und Aleppo gemeldet.

In der Nähe von At-Tanf (nahe der Grenze zu Jordanien/Irak) kam es zu einem Angriff von Koalitionstreitkräften auf eine Einheit von Assad-treuen Kämpfern. Behauptet wird, dass diese eine neutrale Zone durchquert und sich nach Aufforderung nicht zurückgezogen hätten. Details sind noch unklar.

Gewaltsam zu Tode gekommene im Mai

Das Syrian Observatory for Human Rights zählte im Mai 2311 bestätigte Todesfälle, davon 840 Zivilisten (131 davon Kinder). Es handelt sich um vorläufige Zahlen.

Türkei

Journalistenprozess fortgesetzt

Der Prozess gegen den Türkei-Korrespondenten von Reporter ohne Grenzen, Erol Önderoğlu, wurde am 08.06.17 in Istanbul fortgesetzt. Ebenfalls angeklagt sind der Vorsitzende der Türkischen Menschenrechtsstiftung, Sebnem Korur Fincanci, und der Kolumnist der Cumhuriyet, Ahmet Nesin. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen wegen der Teilnahme an einer Solidaritätsaktion für die prokurdische Zeitung Özgür Gündem Propaganda für eine terroristische Organisation vor. Die Angeklagten befanden sich wegen einer Solidaritätsaktion im Juni 2016 zehn Tage in Untersuchungshaft. Nun drohen Haftstrafen bis zu vierzehneinhalb Jahren.

Insgesamt sind laut Reporter ohne Grenzen 56 Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Intellektuelle angeklagt, die zwischen Mai und August 2016 symbolisch je eine Tag die Chefredaktion der mittlerweile per Dekret geschlossenen Zeitung übernommen hatten. Etwa ein Dutzend der Angeklagten sei bereits zu Bewährungsstrafen verurteilt worden.

Amnesty-Vorsitzender verhaftet

Der Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation in der Türkei, Taner Kılıç, und weitere 22 Anwälte wurden am 06.06.17 in Izmir verhaftet. Ihnen werden Verbindungen zur Fethullah-Gülen-Bewegung vorgeworfen. Laut amnesty international (ai) stehe die Verhaftung Kılıçs anscheinend nicht in Zusammenhang mit seiner Arbeit für die Organisation und richte sich auch nicht gegen ai. Es sei unklar, warum Kılıç verdächtigt werde, Verbindungen zur Gülen-Bewegung zu haben.

AKP-Mitglieder verhaftet

Birol Erdem, Chefberater des Ministerpräsidenten Binali Yıldırım, soll laut türkischen Medien am 03.06.17 mit seiner Frau verhaftet worden sein, weil er Richtern, die der Gülen-Bewegung naheständen, zu einem schnelleren Aufstieg verholfen habe.

Am 05.06.17 soll der Schwiegersohn des einstigen Vize-Regierungschefs Bülent Arinc wegen des Verdachts der Gülen-Anhängerschaft festgenommen worden sein.

Ausbürgerung Oppositioneller droht

Das Innenministerium veröffentlichte am 05.06.17 eine Liste von 130 Personen, denen schwere Straftaten vorgeworfen werden und die sich im Ausland aufhalten. Sollten diese Personen sich nicht innerhalb von drei Monaten den Behörden in der Türkei stellen, werde ihnen die Staatsbürgerschaft aberkannt. Auf der Liste

stehen neben Gülen selbst auch die Abgeordneten Faysal Sariyildiz und Tugba Hezer Öztürk von der prokurdischen Oppositionspartei HDP.

Ukraine

Visafreiheit für Reisen in die Europäische Union

Am 11.06.17 trat die vom Europaparlament Anfang April 2017 mit großer Mehrheit verabschiedete Visafreiheit für Reisen in die Europäische Union (ausgenommen: Großbritannien und Irland) in Kraft. Der Visafreiheit (90 Tage visafreier Aufenthalt binnen 180 Tagen) haben sich auch die Schengen-Staaten Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein angeschlossen. Für die Einreise benötigen sie einen biometrischen Pass mit gespeichertem Fingerabdruck. Einen solchen besitzen etwa 3,5 Mio. der rund 42 Mio. Ukrainer. Die Regelung gilt sowohl für Geschäftsreisen, touristische Aufenthalte als auch für Familienbesuche. Eine Arbeitserlaubnis ist damit nicht verbunden. Laut Angaben des ukrainischen Grenzschutzes seien in den ersten Stunden der Visafreiheit etwa 600 Ukrainer mit biometrischen Pässen in die EU gereist.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de